NACHRICHTEN AG

17. März 2025

Wien droht Wohnungsnot: Mietpreise explodieren ج Politiker schlagen Alarm!

Die Wohnsituation in Wien verschärft sich zunehmend: Laut der APA-OTS ist ein alarmierender Anstieg der Mietkosten zu verzeichnen. Immer mehr Haushalte sind gezwungen, über 25 Prozent ihres Einkommens für das Wohnen auszugeben, und die Immobilienpreise haben seit dem Jahr 2000 um ganze 216 Prozent zugenommen. Judith Pühringer, Spitzenkandidatin der Grünen in Wien, kritisierte, dass die aktuelle Politik unter der SPÖ nicht ausreichend gegen die steigenden Mieten vorgehe und warnte vor einem Verstoß gegen Wahlversprechen, die ein gerechtes und leistbares Wohnen zusicherten. Besonders betroffen sind die Haushalte im Altbau, die unter hohen Lagezuschlägen leiden, während die Mietpreisbremse viele Neubauten unberührt lässt. &amp;hellip;

Die Wohnsituation in Wien verschärft sich zunehmend: Laut der APA-OTS ist ein alarmierender Anstieg der Mietkosten zu verzeichnen. Immer mehr Haushalte sind gezwungen, über 25 Prozent ihres Einkommens für das Wohnen auszugeben, und die Immobilienpreise haben seit dem Jahr 2000 um ganze 216 Prozent zugenommen. Judith Pühringer, Spitzenkandidatin der Grünen in Wien, kritisierte, dass die aktuelle Politik unter der SPÖ nicht ausreichend gegen die steigenden Mieten vorgehe und warnte vor einem Verstoß gegen Wahlversprechen, die ein gerechtes und leistbares Wohnen zusicherten. Besonders betroffen sind die Haushalte im Altbau, die unter hohen Lagezuschlägen leiden, während die Mietpreisbremse viele Neubauten unberührt lässt.

Im Vorfeld der Nationalratswahl am 29. September 2024 haben sich sieben Parteien mit der wohnpolitischen Agenda beschäftigt. Die Mietervereinigung fragte die Parteien unter anderem, ob sie das Wohnen als Menschenrecht anerkennen und die Mieten von der Inflation entkoppeln wollen. Während SPÖ und KPÖ die Notwendigkeit eines einheitlichen Mietrechts sowie eines Mietendeckels befürworten, sieht die FPÖ die bestehenden Regelungen als ausreichend an. Die Grünen fordern gesetzliche Höchstmieten und das Verbot von Mietwucher, während auch das Thema Kurzzeitvermietungen für viele der Parteien ein diskutierter Punkt ist.

Ein wichtiges Anliegen aller Antworten ist die Sicherstellung, dass die Wohnkosten nicht über ein Drittel des Haushaltseinkommens hinausgehen, was OECD-Standards entspricht. Die unterschiedlichen Ansätze der Parteien zeigen ein geteiltes Meinungsbild zur Wohnpolitik, welches sowohl die Dringlichkeit leistbaren Wohnraums als auch die Herausforderungen durch steigende Kosten unterstreicht. Der Druck auf die politischen Akteure wächst, effektive Maßnahmen zu ergreifen, um unter den aktuellen Bedingungen ein sicheres Zuhause für alle Bürger zu ermöglichen.

Kurze Werbeeinblendung

Ort des GeschehensDetails zur MeldungWas ist passiert?SonstigesIn welchen Regionen?WienGenauer Ort bekannt?Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, ÖsterreichBeste Referenzots.atWeitere Quellenmietervereinigung.at

---

Source: die-nachrichten.at

Details